

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

20.6.1932 (No. 141)

Baden und die Reichstagswahl

Die Reichstagskandidaten der badischen Zentrumspartei

Bei der am Sonntag in Freiburg abgehaltenen Sitzung des Gesamtvorstandes der badischen Zentrumspartei wurde (laut Zentrumskorrespondenz) folgende Kandidatenliste für die Reichstagswahlen mitgeteilt: 1. Landtagsabgeordneter Dr. Führ (Freiburg), Chef der Zentrumspartei, 2. Staatspräsident Dr. Schmitt, 3. Arbeitersekretär Josef Erling (Karlsruhe), 4. Landwirt Carl Diez (Radolfzell), 5. Fabrikant Dr. Sadelberger (Döflingen), Mitglied des Reichswirtschaftsrats und des Reichseisenbahnrats, 6. Landtagsabgeordnete Frau Siebert (Karlsruhe), 7. Landwirt Anton Damm (Wagenhagen), 8. Rolf, Bauunternehmer, Mannheim; 9. Heurich, Staatsrat, Karlsruhe, 10. Wöhner, Bürgermeister, Ottenhöfen, 11. Braun, Reichsbahninspektor, Konstanz, 12. Frau Haas (Freiburg), 13. Ziegler, Landwirt, Wolfshagen, 14. Kühn, Rathaus, Oberregierungsrat, Karlsruhe, 15. Dengler, Geschäftsführer, Neustadt, 16. Dr. Seiterich, Assessor, Karlsruhe, 17. Baur, Chefredakteur, Karlsruhe, 18. Duffner, Landtagspräsident, Furtwangen.

Die Tagung des Landesauschusses wurde vom Parteichef des badischen Zentrums, Abg. Dr. Führ, geleitet, der in seiner Ansprache die Bedeutung gerade dieses Wahlkampfes hervorhob. Mit freudlichem Beifall wurde der von schwerer Krankheit kaum genesene Landtagspräsident Duffner begrüßt. Mit Bedauern nahmen die Delegierten die Mitteilung des früheren Reichstagsabgeordneten und Reichsfinanzministers a. D. Dr. Köhler zur Kenntnis, daß er z. Bt. nicht in der Lage sei, eine Kandidatur anzunehmen.

Der Parteivorstand und Landesauschuss der badischen Zentrumspartei hat zur kommenden Reichstagswahl einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Im Zusammenbruch der wirtschaftlichen Grundlage einer ganzen Welt, auf dem Scheitelpunkt einer lebensgefährlichen Krise der nationalen Wirtschaft ist Reichstagskanzler Dr. Brüning mitten in seiner opfervollen Tätigkeit zur Rettung von Volk und Staat vor Völlendung seiner vaterländischen Befreiungsarbeit und Verwirklichung seiner großzügigen Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungspläne gestürzt worden. Der Sturz des Kabinetts Brüning in diesem Augenblick wird in weitesten Kreisen als nationales Unheil und ernste Gefährdung wichtiger nationaler Interessen empfunden. Fanatische und blind wütende Parteileidenenschaft, vom Nationalsozialismus zur Glutheize gesteigert, hat gegen das wahre Interesse der Nation einen verhängnisvollen Triumph über Sachlichkeit und Vernunft davongetragen. Rechts- und Linksradikalismus stehen sich wie feindliche Heerlager gegenüber. Der Bürgerfriede der Nation war noch nie so bedroht wie im gegenwärtigen Augenblick. Scharfe und schwere Neubelastung gerade der minderleistungsfähigen Schichten, Auflösung des Reichstags, die Wiederaufrichtung der Privatarmee Adolf Hitlers sind die realen Gefahren einer Regierung, die ihre Existenz nur dem Nationalsozialismus verdankt und für die die Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen zusammen allein vor dem deutschen Volke die Verantwortung zu tragen haben.“

Brutale Gewalt, Ströme von Blut, Kulturkampf, das ist das Ziel, für das mit den Mitteln der Verleumdung, auch noch unter der Maske des „positiven Christentums“ die Leidenschaften aufgepeitscht werden. Dem drohenden Schreckensregiment wird durch die Neuwahl zum Reichstag ein geschlossener, starker und widerstandsfähiger Ordnungsbund entgegen gestellt werden.“

Mitten im Trümmerfeld der Parteien ist die Zentrumspartei stark und unerschrocken geblieben. So wird sie zur Trägerin einer staatspolitischen Mission, zum Treuhänder staatspolitischer Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, kulturellen und konfessionellen Friedens, sowie wahrer nationaler Befreiungspolitik für das ganze deutsche Volk. Niemals hat das Zentrum Parteinteressen über die Interessen des Volkes gestellt. Die Politik des Nationalsozialismus ist für die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Südens eine ernste Gefahr. Die badische Zentrumspartei wird daher getreu ihrer Tradition erst recht in den Stürmen der Gegenwart für die föderalistische Verfassung des Deutschen Reiches sich einsetzen. Ihr Ziel geht nur darauf, der Ordnung und der Wohlfahrt eines starken einigen Deutschlands zu dienen. Ein starkes Reich, aufgebaut auf gesunden Ländern.“

Der Aufruf schließt mit einem Appell zum Zusammenschluß zum Kampfe für ein freibürgerliches, nationales und soziales, allen Schichten in gerechtem Ausgleich ein existenzsicherndes, wohlgeordnetes und föderativ gestaltetes, konfessionell befriedetes, freies christliches Deutschland.

Für die Eigenstaatlichkeit der Länder

Der Landesauschuss der badischen Zentrumspartei hat ferner folgende Entschließung angenommen:

„Der Landesauschuss der badischen Zentrumspartei billigt entschieden den Schritt der süddeutschen Länder bei der Reichsregierung und beim Herrn Reichspräsidenten gegenüber dem Verzicht, die Eigenstaatlichkeit der Länder noch mehr zu beeinträchtigen, als dies bisher schon geschehen ist. Er spricht dem badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt für sein mutiges und konsequentes Eintreten für die Länderrechte Anerkennung und Dank aus. Mehr denn je zeigt sich in dieser politisch unruhigen Zeit, daß des Reiches Wohlfahrt und der Bürger Freiheit nur auf föderativer Grundlage, wie sie in der Verfassung verankert ist, gegeben kann. Wer deshalb im Rahmen der Verfassung für starke, wirtschaftlich gesunde und kulturell auf Volksharakter gründete Länder sich einsetzt, der kämpft auch für ein einiges starkes Reich und schafft die Grundlage für eine für das Volkswohl unentbehrliche Reichsfruchtbarkeit seiner Bürger.“

Die badische Zentrumspartei verwahrt sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf des Separatismus oder eines die Reichswohlfahrt schädigenden Partikularismus. Die föderalistische Grundlage des Reiches war noch nie so gefährdet, wie in dieser Stunde. Die Zentrumspartei Badens ist sich ihrer hohen Verantwortung bewußt. Sie fordert deshalb alle Volksgenossen auf, die ein starkes Deutsches Reich, einig in seinen Stämmen und aufgebaut auf selbstverantwortlichen Ländern wollen, der Zentrumspartei ihre Stimme zu geben. Der Landesauschuss verpflichtet die badischen Reichstagsabgeordneten, im Verein mit gleichgesinnten Vertretern anderer Staaten, die Eigenstaatlichkeit der Länder im Rahmen der Reichsverfassung zu schützen und entgegengesetzte Bestrebungen entschieden zu bekämpfen.“

Von Seiten der Badenwacht wird mitgeteilt: Die Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbotes hat auch für die Badenwacht eine neue Lage geschaffen. Der für den 3. Juli geplante Aufmarsch der mittelbadischen Badenwacht vor Schloss Favorit bei Rastatt kann nicht stattfinden. Die Tätigkeit der Badenwacht im Reichstagswahlkampf wird der durch die Notverordnungen geschaffenen Lage angepaßt werden.

So wenig praktische Bedeutung also der gestrigen Wahl in Hessen im Hinblick auf die Frage der Regierungsbildung beizumessen ist, um so höher muß man den stimmungsmäßigen Wert des gestrigen Resultats einschätzen. Solange es Wahlen gibt, hat jeder Anhänger des demokratisch-parlamentarischen Systems die Pflicht, genau zu prüfen, welche ein Umschwung in der Stimmung der Wähler in einer solchen Wahl zum Ausdruck gelangt. Auch die gestrige Landtagswahl in Hessen zeigt uns die Tatsache einer neuen Verlagerung des Schwerepunkts nach Rechts. Der Anteil der Rechtsparteien, der am 15. November 1931 44,5 Proz. betrug, ist in den letzten Monaten auf rund 49 Proz. angestiegen. Die Ereignisse im Reich, der Kurswechsel in Berlin, die neuen Notverordnungen: alles zusammen hat den neuen Kurs nach rechts in Hessen nicht aufhalten können. Aber klare Mehrheitsverhältnisse hat, wie schon gesagt, dieser Kurs nicht geschaffen. Die Rechte hat in Hessen nicht die Mehrheit. Welche praktischen Schlussfolgerungen aus dieser ganzen Situation für Hessen zu ziehen sind, das ist eine der vielen schwierigen Fragen innerpolitischer Natur, die es heute zu beantworten gilt.

Der deutsche Außenhandel im Mai

Sinken der Einfuhr und der Ausfuhr

Nach einer Zunahme im April ist die Einfuhr im Mai (351 Mill. Reichsmark) dem Volumen nach wieder auf den Stand im März abgefallen; dem Werte nach hat sie sogar den Tiefstand im März noch um 12,5 Mill. Reichsmark unterschritten. Jedoch entspricht nur die Gesamteinfuhr im Mai dem Volumen nach derjenigen im März; innerhalb der Hauptposten hat sich infolgedessen eine Verschiebung vollzogen, als die Rohstoffeinfuhr voluminemäßig um 11 v. H. unter den Stand im März gesunken, die Lebensmitteleinfuhr um 16,8 v. H. über den Märzstand gestiegen ist. Im Vergleich zum April hat die Einfuhr um 76 Mill. Reichsmark abgenommen, und zwar sind die Rohstoffe hieran mit 44 Mill. Reichsmark, die Lebensmittel mit 27 Mill. Reichsmark beteiligt.

Die Ausfuhr beziffert sich im Mai auf 438 Mill. Reichsmark; hinzu kommen, wie im Vormonat, Reparations-Sachlieferungen im Betrage von 9 Mill. Reichsmark. Gegenüber April ist die Gesamtausfuhr somit um 34,5 Mill. Reichsmark gesunken, von denen 14 Mill. Reichsmark auf die Rohstoffe und 17 Mill. Reichsmark auf die Fertigwaren entfallen. Bei beiden Warengruppen handelt es sich ausschließlich um eine Schrumpfung der Ausfuhrmengen, und zwar bei den Rohstoffen um 15 v. H., bei den Fertigwaren um 4,5 v. H. Insbesondere haben im Mai Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Niederlande und Großbritannien in erheblichem geringeren Umfange deutsche Waren aufgenommen. Die Gemünte, auf die in zunehmendem Maße der Auslandsabatz deutscher Waren trifft, haben zu dem bisher tiefsten Stande der deutschen Ausfuhr geführt: den 447 Mill. Reichsmark im Mai 1932 standen noch im Oktober des vergangenen Jahres 879 Mill. Reichsmark, im Oktober 1929, als die Ausfuhr ihren Höchststand erreichte, 1247 Mill. Reichsmark gegenüber.

Die Handelsbilanz schließt im Mai mit einem Ausfuhrüberschuss in Höhe von 87 (April 45) Mill. Reichsmark ab. Einschließlich der Reparations-Sachlieferungen beträgt der Überschuss 96 Mill. Reichsmark.

Hoover fast einstimmig wieder aufgestellt

Der Republikanische Parteikongress in Chicago hat Hoover als Präsidentschaftskandidaten für den ersten Wahlgang wieder aufgestellt. Der Beschluß wurde von 1126 von 1154 Delegierten angenommen. Einige Delegierte enthielten sich der Stimme. Curtis wurde als Vizepräsidentkandidat für den ersten Wahlgang wieder aufgestellt.

Goethe-Fest in Emmendingen

Wenn die Stadt Emmendingen ihre Goethe-Fest erst jetzt abgehalten hat, so waren dafür zwei Gründe maßgebend: Einmal, weil der erste Besuch Goethes in Emmendingen im Juni (1775) erfolgte, zum anderen weil Goethes Schwester, Cornelia Schloffer, im Juni (1777) in Emmendingen starb.

Am Samstagabend 1/6 Uhr begann die Goethe-Fest am Grabe Cornelia Schloffers. Bürgermeister Hirt zeichnete in feinsinniger Weise das Leben und Wirken Cornelia an der Seite ihres Gatten und begründete, zu den Erinnerungen an Goethe übergehend, die Berechtigung der Goethe-Fest in Emmendingen. Zu Ehren des Dichters legte Bürgermeister Hirt einen Lorbeerzweig mit einer Schleife in den Graben der Stadt am Grabe Cornelia nieder. Das Freie Hochstift Frankfurt a. M. ließ durch eine Vertreterin ebenfalls einen großen Kranz mit Schleifen niederlegen. Die Feier war umrahmt von Musikvorträgen des Musikvereins Hochberg, von Gesangsvorträgen der Vereinigten Männerchöre der Stadt Emmendingen, sowie von Rezitationen des Schauspielers Karl Wetter vom Freiburger Stadttheater.

Eine weitere Feier vereinigte am Abend zahlreiche Ehrengäste und einen großen Teil der Einwohnerschaft in den Blumenfäden. Musikalische Vorträge eines Streichorchesters, Goethe-Lieder für Bariton (Herr Kurt Schneider vom Freiburger Stadttheater) und Goethe-Lieder für Sopran (die einheimische Gesangsünstlerin Freya Wolfsbrunn) füllten den ersten Teil der Feier. Bürgermeister Hirt konnte in der Begrüßungsansprache namens der Stadtgemeinde u. a. Landeskommissar Dr. Schwörer, Freiburg, Oberbürgermeister Dr. Bender, Freiburg, Kreisvorsitzender Dr. Kopf, Freiburg, sowie mehrere Vertreter der Universität Freiburg begrüßen. In seiner Festrede schilderte Professor Schill, Emmendingen, das Leben Goethes und seine Bedeutung für das Geistesleben. Der zweite Teil des Abends brachte eine Dichtung der einheimischen Schriftstellerin Rosa Hagen („Goethe in Emmendingen“).

Am Sonntagvormittag wurde der Goethe-Part mit einem Konzert eingeweiht. Eine Wiederholung der Festaufführung und ein Abendkonzert im Stadtgarten bildeten den Abschluß der Emmendinger Goethe-Fest.

Bayreuther Festspiele. In Paris fanden am Freitag Besprechungen zwischen Toscanini und Frau Wagner statt, die zu dem Ergebnis führten, daß Toscanini bei den Bayreuther Festspielen 1933 die „Parsifal“ und „Meisterjäger“ Vorstellungen dirigieren wird. — Aus Berlin wird vom Sonntag gemeldet: Wilhelm Furtwängler ist von seinem Posten als musikalischer Leiter der Festspiele Bayreuth zurückgetreten. Der Grund liegt in prinzipiellen Differenzen mit Frau W. Wagner, die im Gegensatz zu den im vorigen Jahr getroffenen Abmachungen die letzte Entscheidung auch in künstlerischen Dingen für sich beansprucht.

Die Reichstagskandidaten der SPD.

Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Offenburg wurden folgende Kandidaten aufgestellt: 1. A. Kemmel, Minister a. D., Karlsruhe, an Stelle des bisherigen Abgeordneten Schöpflin, der auf eine Wiederaufstellung verzichtete, 2. Schriftleiter Ernst Roth, Mannheim, 3. Stefan Maier, Kaufmann in Freiburg, 4. Rechtsanwalt G. Weit, Karlsruhe, 5. Parteisekretär Amann, Heidelberg, 6. Schriftleiter Lohmann, Rorzhelm, 7. Frau Wehner, Mannheim, und 8. Landtagsabgeordneter Grohmann, Konstanz.

Der Parteitag war von 239 Delegierten besucht. Unter anderem waren auch Innenminister Maier, Staatsrat Rüdert und, als Vertreter des deutschen Parteivorstandes in Berlin, Dr. Breitscheid anwesend. Aus dem von dem Landtagsabgeordneten Reinhold gegebenen Geschäfts- und Kasienbericht war zu entnehmen, daß die badische Sozialdemokratische Partei zur Zeit nahezu 24 000 Mitglieder zählt; es sei ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Die Kasienverhältnisse werden durch die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit stark beeinträchtigt. Der Redner verbreitete sich über die organisatorischen Maßnahmen des bevorstehenden Reichstagswahlkampfes. Die Sozialdemokratie führe die ausgedehnte Partei als Kampfgemeinschaft und den Ruf „Freiheit“ als Kampfruf ein. — Der Landesvorstand und der Parteiaussschuss wurden einstimmig wiedergewählt.

Den Schluß des Parteitages bildete eine Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid, der der neuen Regierung von Papen schärfsten Kampf ansagte. Die bisherigen Maßnahmen der neuen Reichsregierung seien die beste Rechtfertigung der Tolerierung der Regierung Brüning durch die Sozialdemokratie, die damit nur den Faschismus verhindern wollte. Die deutsche Arbeiterkraft werde sich nicht zu einem Kampf gegen Papen misbrauchen lassen. Die Sozialdemokratie lehne eine Einheitsfront mit den Kommunisten solange ab, als diese unter dieser Einheitsfront nur eine Verschärfung der SPD. wollen. Man sei deshalb gegenüber allen Angeboten von jener Seite sehr mißtrauisch. Die Ausführungen Dr. Breitscheids wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Ein Antrag, der verlangte, der Parteitag möge die Tolerierungspolitik der Reichstagsfraktion mißbilligen, wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Das Programm der Staatspartei

Der frühere Reichsfinanzminister Dietrich entwickelte in einer geschlossenen Wahlkreisversammlung in Donaueschingen das Programm der Staatspartei im Wahlkampf. Man hat geglaubt, mit der Hindenburg-Wahl die Gefahr einer verfassungsmäßigen Fortführung der Reichsregierung überwunden zu haben. Das einzige Mittel sei, die Wiederarbeitsfähigmachung des Parlaments über eine Reform des Wahlrechts zu suchen. Der Regierung von Papen sage die Staatspartei schon jetzt schärfsten Kampf an, weil die letzte Notverordnung zeige, daß man den überschuldeten Großgrundbesitz des Ostens mit den Steuergebern der übrigen Bevölkerung erhalten wolle. Auch der Konflikt mit den süddeutschen Ländern, der durch die Aufhebung des SA-Verbotes sich auf das bedenklichste zuspitzt habe, könne die Staatspartei nicht veranlassen, sich an einer Sammlung der Mitte zum Schutze der gegenwärtigen Regierung zu beteiligen. Der Reichsbankdiszont müsse von 5 auf 3 Prozent gesenkt und die Zinspanne auf das genaueste kontrolliert werden. Der Einfluß des Reiches auf die Banken dürfe nicht ausgeübt werden. Auch Kohle und Eisen müßten in irgendeiner Form unter die Kontrolle des Reiches kommen. Wenn Deutschland leben wolle, müsse seine Wirtschaft wieder zu 90 Prozent auf den selbständigen mittleren und kleinen Unternehmer gestellt werden. In der Außenpolitik verlange die Partei, daß die restlose Befreiung Deutschlands von den Kriegslasten und den sonst noch bestehenden Fesseln der Friedensverträge in Kaufnahme durchgeführt werden. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die 150 in Donaueschingen versammelten Vertrauensleute der Deutschen Staatspartei Oberbadens haben dem Minister a. D. Dietrich, einstimmig für seine aufopfernde Arbeit im vergangenen Reichskabinett den wärmsten Dank ausgesprochen und ihn ihrer unverbrüchlichen Treue versichert. Minister a. D. Dietrich, ist bekanntlich der Spitzenkandidat der Staatspartei in Baden.

Die Wahlparole

Am 18. Juni beriet der Landesvorstand des badischen Evangelischen Volksdienstes unter Vorsitz des Reichstagsabg. Dr. Schmechel über die kommende Reichstagswahl. Da gerade die gegenwärtige innen- und außenpolitische Zielunsicherheit die Herausstellung einer klaren evangelischen Staats- und Wirtschaftsauffassung nötiger als je macht, hält der badische Landesvorstand ein völlig selbständiges Vorgehen des Volksdienstes bei der Wahl für eine Selbstverständlichkeit. Die am 3. Juli in Karlsruhe stattfindende Landtagsversammlung des badischen Volksdienstes wird auf dieser Grundlage eine Zusammenfassung aller bewußt evangelischen Kräfte vorbereiten und die nötigen Beschlüsse in diesem Sinne fassen.

Aus der Schweiz ausgewiesen wurden wegen nationalsozialistischer Betätigung die deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Morhart und Waldemar Schulz. Das Tragen von nationalsozialistischen Brauhanden wird auf schweizerischem Gebiet verboten. Im Gebrauch von nationalsozialistischen Emblemen wird größte Zurückhaltung verlangt.

Die Überführung ausländischer Firmen nach England. Im Unterhaus wurde auf einer Interpellation mitgeteilt, daß seit November 234 Anfragen deutscher, 27 französischer, 26 schweizerischer und 8 italienischer Firmen über eine Produktionsaufnahme in England eingelaufen seien. 65 deutsche, 11 französische und zwei schweizerische Unternehmen hätten die Fabrikation bereits aufgenommen.

Die Lage in Chile. Im chilenischen Fliegerkorps ist eine neue Revolte ausgebrochen. Es wird versucht, den ehemaligen Diktator, Oberst Grove, wieder ans Ruder zu bringen.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ ist von seiner Hollandfahrt Sonntag früh 2.17 Uhr wieder auf dem Westgelände in Friedrichshafen gelandet.

Der reichsdeutsche Beders, der bekanntlich von den Litauern unter dem Verdacht der Spionage verhaftet war und damit freigelassen wurde, befand sich in dem Ostseebad Ribben, hart an der reichsdeutschen Grenze zur Kur und fand hier unter Polizeiaufsicht. Es ist am Samstagabend Beders gelungen, über die nahe reichsdeutsche Grenze zu entfliehen.

Zusammenstöße und Kundgebungen

Gegen das Uniformverbot der bayerischen Regierung demonstrierten am Sonntag in München in allen Teilen der Stadt Truppen von Nationalsozialisten, von denen ein großer Teil SA-Uniformen, ein Teil Patentkruzarmbinder trug. Die Polizei setzte dagegen Überfallkommandos, sowie berittene Polizei ein, die die Demonstranten zerstreuten und eine Reihe von Führern der einzelnen Truppen festnahm. Die Zufahrtsstraßen wurden polizeilich abgesperrt, um einen Zugang von auswärtigen zu verhindern.

Im Verlaufe des Samstagabend und des Sonntag kam es in Köln, Gagen i. W., Duppertal und Stettin zu zum Teil schweren politischen Zusammenstößen, zumeist zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in Stettin mit der Eisernen Front. Es gab eine Anzahl Verletzte. In Köln wurde das dortige „Braune Haus“ von der Polizei besetzt.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Samstag mit der außen- und innenpolitischen Lage. Es war einmütig der Auffassung, daß die mit der politischen Notverordnung begonnene Politik energisch fortzusetzen sei.

Die Reichsregierung und die Währung. Aus Berlin wird mitgeteilt: Der frühere Reichsminister Dr. Brüning soll, Presseberichten zufolge, in einer Rede in Mainz unter Hinweis auf die währungsrechtliche Lage zur Wachsamkeit aufgefordert haben. Von zünftiger Seite wird dazu auf das Feindbild von der Reichsregierung gemeinsam mit dem Reichsbankpräsidenten herausgegebene Kommuniqué hingewiesen, in dem ausdrücklich alle Währungsexperimente abgelehnt werden.

Bayerische Volkspartei gegen Regierung von Papen. Die in München abgehaltene Tagung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei sprach sich gegen die Regierung von Papen aus und kündigte ihr scharfe Opposition an. Außerdem wurde eine Mißbilligung der letzten Notverordnung über die Arbeitslosenhilfe und die Sozialversicherung verlangt.

Vor Parteiverbindungen in Bayern. Zwischen dem Bayer. Bauern- und Mittelstandsbund und der Bayerischen Volkspartei wird für die Reichstagswahlen unter der Bezeichnung „Bauernblock“ eine enge Verbindung angestrebt. Sie soll zur Aufgabe haben, eine föderalistische bayerische Front in dem kommenden Reichstag zu stellen.

Kapitän Ehrhardt's Sieg im Rechtsstreit gegen das Reich. Nach rund vierjähriger Dauer wurde am Mittwoch der Pensionsprozeß des ehemaligen Führers der Marinebrigade, Kapitän Ehrhardt, gegen den Reichsfiskus endgültig zugunsten Ehrhardt's entschieden. Es handelte sich für Ehrhardt darum, dem Reich das Recht abzuzweifeln, etwaige Schadenersatzansprüche aus dem Rapp-Buß gegen ihn geltend zu machen und gegen seine Pension aufzurechnen.

Zu der Verlobung in Koburg wird mitgeteilt, daß es sich nicht um den schwedischen Thronfolger, sondern den schwedischen Prinzen Gustaf Adolf, den ältesten Sohn des schwedischen Kronprinzen, handelt.

Badischer Teil

Die kritische Lage der Krankenkassen

Der Landesverband Baden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, die Freie Vereinigung badischer Krankenkassen, hat in ihren Geschäfts- und Kassenbericht für die am 12. Juni in Heidelberg stattfindende 36. Landesversammlung herausgegeben.

Es wird darin ausgeführt, daß die Lage der Krankenkassen finanziell kritisch geworden ist. Neben dem geradezu katastrophalen Sinken der Beitragseinnahmen durch Arbeitslosigkeit, Lohnsenkung usw. sind Schwierigkeiten bezüglich des Beitragseinzugs vorhanden. Die kassenspezifischen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sollten schärfer und präziser gefaßt werden.

Die finanzielle Lage der Verbandskassen hat sich im Gegensatz zu vielen anderen Kassen noch gehalten, daß sie immer liquid waren. Immerhin haben viele Kassen im Jahre 1931 mit Fehlbeiträgen und Vermögensverlusten abgeschlossen. Das Kassenvermögen einschließlich Rücklagen der Verbandskassen, soweit sie Ortskrankenkassen sind, zeigt einen Verlust von 1 618 418 RM. Die Mitgliederzahl hat eine Abnahme von 27 988 erfahren. Bei den sachlichen Verwaltungskosten sei eine kleine Steigerung zu verzeichnen. Dies habe seine Ursache in den neuen Vorschriften über die Rechnungsführung, wonach der Wert der Rücklagen von Inventar und Verwaltungsgebäude unter diesen Ausgaben gebucht werden muß.

Aus den Parteien

Wie der „Badische Beobachter“ meldet, hat das Mitglied der Zentrumsfraktion, Abg. Hilbert, gegen den „Führer“ Straßmann gestellt, weil dieser Hilbert vor einigen Tagen den Vorwurf des Betruges gemacht hat.

Der evangelische Landesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei Badens wird am Sonntag, den 26. Juni, nachmittags, in Karlsruhe eine große öffentliche Kundgebung veranstalten.

Aus der badischen Industrie

Anträge für Zigarrenfabriken. In den letzten Wochen haben einige Zigarrenfabriken in Godesheim 110 Arbeiterinnen wieder eingestellt. Es scheint, daß die besondere Marktgängigkeit einer neuen Zigarrensorte zu größeren Auftragserteilungen geführt hat.

Düstere Zeiten in der Uhrenindustrie. Am Donnerstag fand in Schramberg (Württemberg) eine gutbesuchte Betriebsversammlung der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik statt, die heute noch eine Belegschaft von etwa 800 Angestellten und Arbeitern hat; dabei wurden verschiedene Referate entgegengenommen. Durch den Auftragsrückgang wäre es zur Zeit möglich, die gesamte Produktion der Schramberger Uhrenfabriken in einem Betrieb (Jungbans) zu bewerkstelligen; aber die Pfeilkreuz-Uhren (Gau-Fabrikmarke) sollen nicht aus der Produktion ausgeschaltet werden, deshalb soll die Belegschaft weitere finanzielle Opfer bringen. Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, durch Direktor Richard Landenberger den Verwaltungsausschuss des Jungbanskonzerns wissen zu lassen, daß die Belegschaft des Werkes Hamburg-Amerika-Uhrenfabrik bereit ist, der düsteren Zeitverhältnisse entsprechend, weitere Opfer zu bringen. Über die Größe der Opferbereitschaft wurde nicht debattiert. Der Verwaltungsausschuss, der Ende Juni zusammentritt, wird über die ganze Angelegenheit beraten. An der Abstimmung nahmen etwa 700 Werksangehörige teil.

Tagungen

Der Badische Gastwirteverband tagte in Bühl. Verbandspräsident Knobel entwickelte die Forderungen des badischen Gastwirtsverbandes. Verlangt wird die vollständige Beseitigung der Gemeindeförderung und Getränkesteuer, strengste Durchführung der Konzeptionsperze unter Einbeziehung des alkoholfreien Ausschanks, Konzeptionsierung auch des Kleinhandels mit Wein. Der Redner betrat die Auffassung, daß eine Wirtschaft — mit Alkohol oder alkoholfrei — nicht ins Barenhaus gehöre. Die auf dem Gebiete der Straußwirtschaften zutage tretenden Auswüchse seien zu beseitigen. Präsident Knobel stellte der badischen Regierung das Zeugnis aus, daß sie sich immer für die Belange des Gewerbes eingesetzt habe. Der Redner führte zur Bierpreisfrage u. a. aus: Der heutige Bierpreis sei noch zu hoch. Die Brauer, so erklärte Präsident Knobel wörtlich, müssen weiter senken, und wir verpflichten uns, ebenfalls weiter zu senken. Dann sprach der Präsident des Deutschen Gastwirteverbandes, Reichstagsabgeordneter Käster, Berlin, über die Gesamtwirtschaftslage und warnte davor, parteipolitische Bestrebungen in die Organisation zu tragen. Auch im Gastwirtsgebiete habe man sich da und dort in übertriebener Weise zum eigenen Schaden modernisiert. Es stehe fest, daß wir etwa 20 bis 25 Proz. Gaststätten zu viel haben. Diese würden im Rahmen eines allerdings furchtbaren Wirtschaftskampfes ausgeschieden werden. Eine Reihe von Anträgen, die im Sinne der vom Verbandspräsidenten Knobel aufgestellten Forderungen gehalten waren, wurden nach eifriger Diskussion einstimmig angenommen. — Aus der Delegiertentagung ist der Beschluß auf Senkung des Verbandsbeitrages um 25 Proz. ab 1. Juli 1932 zu entnehmen. Der nächstjährige badische Verbandstag findet in Weiskheim a. d. B. statt.

Die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels tagte in Oberkirch unter Teilnahme von über 400 Mitgliedern und unter Vorsitz von Präsident Wüster, Karlsruhe. Verbandsdirektor Steinel, Karlsruhe, referierte über den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Regelung des Verhältnisses zu den Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großfilialgeschäften“. Der Redner schilderte die immer größer werdenden Schwierigkeiten des Einzelhandels und die Notwendigkeit einer reinlichen Scheidung des mittelständischen Einzelhandels von den großkapitalistischen Betrieben. Es wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, daß künftighin Mitglied der Landesorganisation des Badischen Einzelhandels jede in Baden Einzelhandel treibende Firma oder Einzelperson werden kann, mit Ausnahme von Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und solchen Großfilialbetrieben, deren Geschäft sich nicht auf den Ort der gewerblichen Niederlassung des Hauptgeschäftes beschränken kann. In einer Entschließung wird u. a. verlangt, daß durchgreifende Maßnahmen gegenüber den mittelständischen großkapitalistischen Unternehmungen ergriffen werden, weiter wird Ausdehnung der zweijährigen Sperrfrist für Einheitspreisgeschäfte verlangt. Eine weitere Entschließung richtet sich gegen die staatliche Bevorzugung der Konsumvereine, weiter gegen den Hausierhandel, ebenso wurden Forderungen auf steuerlichem Gebiet gestellt.

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Fleischwarenindustrie. Anlässlich der Mannheimer Ausstellung der DVG hielt der Reichsverband der deutschen Fleischwarenindustrie in Heidelberg seine Tagung ab. Im Verlaufe dieser Tagung wurden erörtert Fragen über die Begriffsbestimmung von Fleischwaren und über die sich ändernden Bestimmungen bezüglich von Fleischwaren in Dosen, Fragen der Berufsgenossenschaft und der Tarifpolitik, ferner solche der erhöhten Umsatzsteuer und Befestigung der Sonderleistung von Schlacht- und Ausgleichtieren in den Ländern Bayern, Sachsen und Baden. Gefordert wurde ein Schutzgoll gegen ausländische Einfuhr vor allem bei Nebenprodukten wie Häuten und Fellen.

Der Landesverband badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Sitz Heidelberg, hielt in Offenburg seine ordentliche Landesversammlung ab. Die Verhandlungen wurden geleitet vom stellvertretenden Präsidenten, Handwerksammerpräsident Hennmann, Bruchsal. Der Verband zählte am 1. Januar 1932 noch 261 Vereine mit 13 538 Mitgliedern, während es am 1. Januar 1930 306 Vereine mit 18 497 Mitgliedern waren. Der Rückgang ist in der Hauptsache durch innere Streitigkeiten des Verbandes verursacht worden, die entstanden wegen der Erholungsheime, die der Verband besaß. Diese Erholungsheime sind nunmehr von der Reichsdeutschen Versicherungsanstalt in Dortmund übernommen worden. Dadurch ist der Landesverband der Verpflichtung entbunden, einen Betrag von 150 000 RM. zugunsten der Versicherungsanstalt des Landesverbandes badischer Handwerker und Gewerbevereine aufzubringen. Diese finanzielle Entlastung hat sich bereits auch ausgewirkt, indem eine Reihe von Vereinen wieder den Beitritt zum Landesverband vollzogen haben. Im übrigen drehten sich die Verhandlungen um die Tätigkeit des Verbandes in wirtschaftlichen und Steuerfragen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Wahl eines neuen Präsidenten. Der Kandidatensposten war durch den Rücktritt des Otto Burkhardt, Heidelberg, erledigt. Aus dem Wahlgang ging Schlossermeister Kaefer, Heidelberg, als Präsident hervor. Der Sitz des Verbandes bleibt demnach auch in Zukunft in Heidelberg.

Aus der Landeshauptstadt

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über Karlsruhe. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das auf der Rückfahrt von Holland am Samstagabend gegen 11 Uhr Mannheim überflogen hatte, überflog bald nach 11 Uhr die Bewohner der Landeshauptstadt mit seinem typischen Geräusch. In mäßiger Höhe zog der Luftriesen im Glanze des Vollmondschein majestätisch eine Schleife, um in südöstlicher Richtung zu verschwinden.

Eine Unglückschronik. Samstagabend stürzte das fünfjährige Söhnchen W. eines in der Molkestraße wohnenden Polizeiwachmeisters aus dem Küchenfenster drei Stock hoch auf das Pflaster und erlitt tödliche Verletzungen. — In einem Ader beim Abgelände beim „Kühlen Krug“ wurde die Leiche eines Schneidemeisters aus der Erörpringsstraße gefunden. Ein Verbrechen scheint ausgeschlossen. — Im Nordboden des Rheinhafens wurde die Leiche der vermöglichen 21jährigen Erna Rosbach gefunden. Man vermutet Selbstmord. — Beim Besuch der Badischen Kunsthalle wurde ein Mann aus Forstheim vom Schläge getroffen. Er war sofort tot. — In der Klosestraße erlitt ein alterer Mann aus der Markgrafstraße einen tödlichen Herzschlag.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Das Wetter blieb gestern noch vorwiegend heiter, erst gegen Abend zog stärkere Bewölkung auf, nachts begann es in vielen Gegenden zu regnen. Das Wetter ist damit wieder völlig umgeschlagen und wird bis auf weiteres kühl und zeitweise regnerisch bleiben. — Voraussage: Meist wolzig, zeitweise Regen und kühl bei westlichen bis nordwestlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

OB. Redarimmern, 18. Juni. Das Freiherlich von Gemmingen-Hornberg'sche Schloß, das unten im Ort an der Landstraße liegt, ist jetzt an die Redar-WG. in Stuttgart bkn. an die Reichsregierung veräußert worden. Es wird von der Kanalbau-Gesellschaft für Wohnungen verwendet werden, doch wird die Familie von Gemmingen-Hornberg ihren Sitz in die obere Burg, die berühmte Burg Hornberg, verlegen. In dieser Burg, die schon zur Zeit Karls des Großen bestand, wohnte lange Zeit Göt von Berlichingen, woher sie noch jetzt im Redartal die Höhenburg genannt wird. Im Besitz der Familie von Gemmingen ist sie seit 1612, doch wurde sie 1688 von den Franzosen zerstört. Sie ist eine der schönsten und berühmtesten Punkte im Redartal.

18. Billingen, 19. Juni. Trotz des badischen Uniformverbotes hatte sich am Freitagabend eine uniformierte SA-Abteilung im Flughafenrestaurant versammelt. Die Polizei brachte die SA-Leute zur Wache und veranlaßte die Ablegung der Uniform. Der Vorgang spielte sich ohne Zwischenfälle ab. Ein gleicher Fall in St. Georgen wurde ebenfalls ohne Zusammenstöße erledigt.

25 Jahre Bürgermeister von Bretten. Dieser Tage feierte Bürgermeister Otto Schemenau sein 25jähriges Jubiläum als Bürgermeister der Stadt Bretten. Seine Tätigkeit begann nach dem Besuch der Oberrealschule in seiner Heimatstadt Karlsruhe, ging dann über die Bezirksamter Ettlingen, Karlsruhe, Mannheim, 1900 nach Baden-Baden, von wo er, 1907 nach Bretten gewählt, weitreichende Kenntnisse auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung mitbrachte. Unter Bürgermeister Schemenau, der 1927 zum dritten Male wiedergewählt wurde, bekam Bretten neben der Stromversorgung 1913 u. a. ein schönes Schulhaus, Anlagen, Baggerbeseitigung, Straßen und Kanalbauten u. a. Durch häßliche Bauten wurde die Frage der Wohnungsnot bestens gelöst. Industrie und Landwirtschaft wurden gefördert. Schemenau ist seit Jahren auch zweiter Vorsitzender des Badischen Städtebundes.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	20. Juni		18. Juni	
	Beit	Wert	Beit	Wert
Amsterdam 100 G.	170.13	170.47	170.13	170.47
Kopenhagen 100 Kr.	83.27	83.43	83.37	83.53
Italien . . . 100 L.	21.50	21.54	21.50	21.54
London . . . 1 Pf.	15.25	15.29	15.26	15.30
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.54	16.58	16.54	16.58
Schweiz . . . 100 Fr.	81.99	82.15	81.97	82.13
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Schnellpressenfabrik Heidelberg AG., Heidelberg, hat im Geschäftsjahr 1931 noch verhältnismäßig günstig gearbeitet. In der Abteilung Schnellpressen, die besonders stark auf die Ausfuhr angewiesen ist, beträgt der Umsatz nur 10 Proz. weniger, als im Vorjahre. Auch bei der Fabrik für Krankenhausbetten Maquet, Heidelberg, war der Absatz noch beständig, hat aber besonders gegen Schluß des Geschäftsjahres stark nachgelassen. Einigermassen normal beschäftigt war die Maschinenfabrik Geislingen, bei der nur im Turbinenbau die Aufträge stärker nachgelassen haben. Die in Heidelberg neu aufgenommene Motorradfabrikation hatte nur einen mäßigen Umsatz. — Der Rohertrag im Jahre 1931 stellt sich auf 333 835 (415 419) RM., wovon Abschreibungen in Höhe von 300 853 (251 863) RM. vorgenommen werden. Es verbleibt ein Reingewinn von 33 481, der vorgetragen wird (i. V. 7 Proz. Dividende aus 164 054 RM. Reingewinn). Aus der Bilanz: Grundstücke und Gebäude (alles in Mill. Reichsmark) 0,97 (0,99), Maschinen 0,58 (0,62), Warenvorräte 0,94 (1,13), Außenstände 0,89 (0,96), Effekten und Beteiligungen unverändert 0,14, Wechsel 0,10 (0,097), andererlei Forderungen 0,29 (0,40), sonstige Verbindlichkeiten 0,32 (i. V. einschließlich Hypotheken 1,46). — In der Generalversammlung wurde der Abschluß einstimmig genehmigt. Der Aufsichtsrat wurde neu gewählt und besteht jetzt aus Direktor M. G. Schmidt, Berlin, Fabrikant Richard Kuhn, Berlin, K. Fiehle, Berlin, Bankdirektor Dr. Mandel, Berlin (D-Bank), G. Nied, Mannheim, Dr. h. c. D. Clemm, Mannheim und Bankdirektor W. Ullmann, Mannheim. — Über das laufende Geschäftsjahr wurde mitgeteilt, daß sich die Schwierigkeiten natürlich weiterhin bemerkbar machen, daß jedoch immerhin die Aussichten in bezug auf Beschäftigung noch verhältnismäßig befriedigend seien. Die Abteilung Schnellpressen konnte, noch bevor die hohen Auslandskäufe eingeleitet waren, eine Anzahl Maschinen im Ausland auf Lager legen, wodurch ein gewisser Ausgleich geschaffen wurde.

Staatsanzeiger

Nach den Mitteilungen der Bezirksärzte waren am 16. Juni 1932 im Lande Baden verstorben:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bühl	Bühlertal
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim-Friedrichsfeld, Mannheim-Sedenheim, Godesheim, Ladenburg, Otfersheim, Keilingen
Weinheim	Seddesheim

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Die Direktoren Rudolf Wilhelm von der Freiligrathschule an die Humboldtschule in Karlsruhe, und Wilhelm Baumann von der Realschule Pforzheim an die Freiligrathschule in Karlsruhe.

In den einstufigen Ruhestand versetzt:

Rektor Karl Baier in Baden-Baden; Hauptlehrer Albert Sedemann in Mannheim; Musiklehrer Eduard Obergeßel, zuletzt an der Realschule in Pforzheim.

Jeder Kaffee gewinnt an Wohlgeschmack, Fülle und Farbe durch die gute Kaffeewürze **Mühlen Franck**

